

Der letzte Fluss vergiftet

UMWELT Der Yellowstone-River in den USA ist von Rohöl verseucht, weil eine Pipeline von ExxonMobil geborsten ist. Die Risiken durch Hochwasser ignorierte der Konzern

AUS WASHINGTON
DOROTHEA HAHN

Das Wasser im Yellowstone-River am Fuß der Rocky Mountains strömt derzeit besonders rasant, weil die Rekordhitze den Schnee schneller schmelzen lässt. Die Forellen im Fluss locken Touristinnen aus aller Welt in den Bundesstaat Montana. Doch an diesem Sommerbeginn ist Fischen verboten.

Es stinkt nach Öl. Von Schilfrohren am Ufer tropft eine schwere, schwarze Tunke. Die Viehweiden längs des Flusses sind gesperrt, hier schimmern Regenbogenfarben in öigen Pfützen. In der Nacht zu Freitag ist eine Ölpipeline von ExxonMobil unter dem Fluss geplatzt. Mindestens 160.000 Liter Rohöl sind in den Yellowstone-River geflossen, sein Wasser kann vorerst nicht mehr genutzt werden. Das Öl ist bereits 120 Kilometer weiter flussabwärts gesichtet worden. Mehrere AnwohnerInnen müssen wegen Atemproblemen und Schwindelgefühlen medizinisch behandelt werden.

Der Ölkonzern ExxonMobil kann am vierten Tag nach der Katastrophe immer noch nicht sagen, wieso das Rohr geplatzt ist. Es liegt nur zwei Meter unterhalb des Flussbetts, die Pipeline ist zwanzig Jahre alt, täglich fließen 40.000 Barrel Rohöl hindurch, rund 6,4 Millionen Liter. AnwohnerInnen vermuten, dass die Pipeline dem Druck des Hochwassers nicht standgehalten hat.

BehördenvertreterInnen aus dem benachbarten Ort Laurel haben wiederholt vor den Risiken der Pipeline unter dem Fluss ge-



Ein Anwohner des Yellowstone-River betrachtet Ölbarrieren, die sein Anwesen nicht schützen konnten Foto: ap

warnt. Im Mai, als der Wasserpegel schon einmal besonders hoch war, reagierte ExxonMobil schließlich und stellte die „Silvertip-Pipeline“ ab – für einen Tag. „Es gab kein Anzeichen für eine Gefahr“, sagte Gary Pruessing, Präsident der ExxonMobil-Pipeline-Gesellschaft.

Der Konzern geht am Yellowstone mit denselben Methoden vor, die schon im vergangenen Jahr im Golf von Mexiko fast nichts genutzt haben: Er legt Schwimmbarrieren im Wasser aus, lässt seine HelferInnen den Boden und die Grashalme mit saugfähigen Tüchern abtupfen und überfliegt täglich das verpestete Gelände. Der in Deutschland als Esso firmierende Exxon-

Es stinkt nach Öl. Von Schilfrohren am Ufer tropft eine schwere, schwarze Tunke

Mobil-Konzern hat in den vergangenen Jahren die größten Profite weltweit erwirtschaftet, aber keine neuen Werkzeuge gegen Ölpest entwickelt.

Das für die Sicherheit von Pipelines zuständige Verkehrsministerium hatte ExxonMobil im vergangenen Jahr eine Liste mit sieben Mängeln an seiner Pipeline vorgelegt. Der Konzern hat die Mängel – darunter defekte Ventile – angeblich Anfang

dieses Jahres behoben. Erst nach der Katastrophe verlangten Behörden, dass ExxonMobil seine Pipeline komplett überarbeitet. Und erst jetzt erfahren die Menschen in Montana, dass die Flüsse ihres Bundesstaats an 88 Stellen von Pipelines unterquert werden. Im Herbst will die US-Spitze über eine weitere, mit 13 Milliarden Dollar veranschlagte Pipeline durch Montana entscheiden, die Ölsande von Kanada an die Golfküste nach Texas transportieren soll. Die Proteste dagegen waren bislang auf einen überschaubaren Kreis von UmweltschützerInnen beschränkt. Doch die Katastrophe vom Yellowstone dürfte die Öffentlichkeit aufrütteln.

„Die Banken gehen weniger Risiken ein“

MIKROKREDITE Oikocredit-Direktor Ben Simmes über die Krise seiner Branche – und welche Rolle Banken, Versicherungen, Pensionsfonds und Mikrofinanzorganisationen bei deren Überwindung spielen sollen

taz: Herr Simmes, die Finanzkrise hätte den Mikrofinanzorganisationen einen kräftigen Schub verleihen müssen. Stattdessen kämpft die Branche mit Imageproblemen. Warum?

Ben Simmes: Die Mikrofinanzierung steckt selbst in einer Krise, vor allem in Indien, wo sie sehr, sehr schnell gewachsen ist. Dort haben sich überschuldete Kreditnehmer umgebracht, es ist nicht in allen Fällen gelungen, die Armut zu verringern. Da ist zwischen dem sehr viel versprochen worden – zum Beispiel, dass sehr viele neue Arbeitsplätze entstehen würden. Was durfte man denn erwarten? Zunächst ging es darum, dass Menschen Zugang zu Finanzdienstleistungen bekommen, denen er bislang versperrt war.

Die Mikrofinanzierung hat drei Phasen durchlaufen: In der ersten ging es darum, zu zeigen, dass Bedarf da ist und dass Arme zuverlässige Kunden sein können. Damals waren NGOs und soziale Investoren beteiligt. In der zweiten Phase emanzipierten sich die Mikrofinanzorganisationen von Spenden und Subventionen. Sie begannen zu wachsen und Profit zu erwirtschaften. Jetzt in der dritten Phase merken wir, dass einige Organisationen zu schnell gewachsen sind, andere Akteure sind hinzugekommen – und das Ziel, die Armutsbekämpfung, ist etwas aus dem Blickfeld gerückt. Welche Rolle spielt dabei der Markteintritt großer Banken?

Mikrofinanzierung

■ **Die Idee:** Mikrofinanzierer stellen Basisfinanzdienstleistungen auch armen Kunden zur Verfügung. In den letzten Jahren wurden sie zu einem der wichtigsten Instrumente der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

■ **Das Problem:** Die Branche ist rasant gewachsen und dadurch immer unübersichtlicher geworden. 2010 betrug der Markt für Mikrokredite 60 Milliarden US-Dollar. Kritiker bemängeln, dass die Kreditvergabe zu Überschuldung führen kann und dass die Ärmsten nicht mehr erreicht werden.

■ **Oikocredit:** Die internationale Genossenschaft, ist seit 35 Jahren in der Mikrofinanz tätig und in mehr als 70 Ländern aktiv.

Dass große Pensions- und andere Fonds die Mikrofinanzierung als ethisches Anlageprodukt entdecken, hat die Entwicklung beschleunigt – aber schwarze Schafe gibt es auch unter den Mikrofinanzorganisationen. Der Unterschied liegt eher zwischen sozialen Investoren und solchen, die vor allem finanzielle Interesse haben.

Der Imageverlust trifft aber alle. Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus? Die Krise in Indien hat die Schwächen des Systems gezeigt. Wir müssen eine weitere Kommerzialisierung auf der finanziellen Seite verhindern, wir müssen aber vor allem auch die soziale Seite professionalisieren.

Das heißt?

Wir müssen herausfinden, wie wir tatsächlich die Ärmsten erreichen, welche Produkte sie wirklich brauchen, was ihnen hilft. Sparen oder Versicherungen gegen Ernteausschläge können wichtiger sein als Kredite.

Aber bei solchen Produkten werden Ihnen die Banken den Rang ablaufen ...

Um Spareinlagen annehmen zu dürfen, müssten sich die Mikrofinanzinstitute als Banken anmelden und würden anders reguliert. Bei Versicherungen ist es noch schwieriger. Aber wir brauchen ja auch beides: die Banken und die Mikrofinanzierer. Für die Banken und Pensionsfonds, die 6, 7, 8 oder 9 Prozent Rendite erwarten, lohnt es sich zum Beispiel nicht, raus auf die Dörfer, zu den Leuten zu gehen. Und sie gehen weniger Risiken ein als soziale Investoren wie wir. Unsere Mitglieder sind mit 2 Prozent finanzieller Rendite zufriedener, für sie steht die soziale im Vordergrund. Da können wir auch Darlehen in Landeswährung vergeben statt in Dollar. Dann tragen wir und nicht unsere Partner das Währungsschwankungsrisiko.

Und wenn aus den Armen erst einmal Finanzkunden geworden sind, kommen die Banken ins Spiel? Was wird dann aus dem sozialen Ansatz? Interessant wird es bei der Mesofinanzierung, also etwa Krediten für kleine Genossenschaften. Wenn die Bauern mit ihren Darlehen Milchvieh kaufen, muss es

auch eine Molkerei geben, die auch finanziert werden muss. Hier gibt es zwei Entwicklungen: Das übernehmen Banken, die ihr Geschäft damit nach unten ausweiten. Oder sozial engagierte Mikrofinanzierer weiten ihr Modell nach oben aus. Auf den Philippinen macht das die CARD-Bank schon sehr erfolgreich.

Sie wollen den Markt sich einfach so entwickeln lassen?

Wir brauchen auch Regulierung, aber die muss anders aussehen als bei den Banken. Wenn die Mikrofinanzinstitute so viel Eigenkapital vorhalten müssen wie die, können sie das, wozu sie gegründet wurden, nicht mehr machen. Gute Ansätze gibt es derzeit in Indien: Kunden dürfen nicht bei mehr als zwei Finanzierern Geld aufnehmen.

Das indische Modell, zu dem auch eine Zinsobergrenze gehört, ist aber unstritten. Es ist eine Antwort auf die Krise und noch ganz jung. Wir müssen es weiterentwickeln.

INTERVIEW: BEATE WILLMS

Ben Simmes

■ 63, gebürtiger Niederländer, arbeitet seit 1996 bei Oikocredit und ist Direktor für



Soziale Leistungsfähigkeit & Finanzanalyse. Er ist u. a. Aufsichtsrat bei Fairtrade. Foto: Oikocredit

LESERINNENBRIEFE

die tageszeitung | Rudi-Dutschke-Str. 23 | 10969 Berlin
briefe@taz.de | www.taz.de/Zeitung

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

Boycott-Aufrufe helfen nicht weiter

■ **betr.: „Miefige Stimmungsmache“ u. a., LeserInnenbriefe, taz vom 6. 7. 11**

So, so, Israel hat ein Apartheidsystem, das ist ja mal hochinteressant. Jeder kann Kritik an Israel äußern, wenn er oder sie es für nötig hält. Sobald aber Kampagnen wie „Free Gaza“ von vielen Linken unterstützt wird, müssen die vermeintlichen Linken sich nicht wundern, wenn sie dauernd mit Antisemitismus konfrontiert werden. In Gaza werden GewerkschafterInnen, Oppositionelle & MenschenrechtlerInnen in den Knast gesteckt. Die tapferen „Widerstandskämpfer“ der Hamas werden Israel nie anerkennen und legen somit die Steine selbst in den Weg für eine Zwei-Staaten-Lösung. Nein, die schießen lieber weiter Raketen nach Israel, nicht um militärische Ziele zu treffen, sondern um irgendetwas Juden zu töten. Das soll Widerstand sein? Ausgerechnet diese Leute, die nur Gewalt kennen und jeden Dialog mit Israel verabscheuen, werden von Pazifisten unterstützt, Boykott-Aufrufe, die die palästinensische Bevölkerung selbst betreffen, da viele von denen in Israel oder in den Siedlungen arbeiten, helfen den Menschen dort auch nicht weiter.

Ist es vielleicht nicht eher so, dass viele Linke tatsächlich nur mit Israel ein Problem haben und sich ständig mit den „Widerstandskämpfern“ solidarisieren? Der Nahostkonflikt lässt sich nicht in schwarz/weiß aufteilen; wäre es so einfach, dann wäre die Lösung praktisch schon gefunden. **BENEDIKT RÖHL, Wolfsburg**

Hinterum Waffen liefern

■ **betr.: „Blutige Geschäfte“ u. a., taz vom 6. 7. 11**

Auch nach einhundert Jahren noch: Der Tod ist ein Meister aus Deutschland! Die Regierung Merkel hat nichts dazu gelernt. 200 Panzer für Saudi-Arabien, weil unsere Rüstungsindustrie neue Absatzmärkte braucht. Der Leo kilt einfach besser und die Saudis benötigen dringend Hilfe für das Zusammenschließen ihrer Demonstrationen. Das ist arabische Friedenspolitik à la Merkel und Westerwelle. In Libyen scheinheilig keinen UNO-Beschlüssen zustimmen und hinterherum Waffen liefern. Pfui Deibel!

RAIMUND SCHORN-LICHTENTHÄLER, Datteln

Was gilt nun eigentlich?

■ **betr.: „Geopolitik statt Menschenrechte“, taz vom 5. 7. 11**

Frühere Regierungen haben versucht, eine kohärente Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu formulieren und umzusetzen. Dies ist auch in vielen Fällen gelungen. Die schwarz-gelbe Regierung versucht wohl das genaue Gegenteil: Zu Libyen Enthaltung im Sicherheitsrat, jedoch technologische und logistische Unterstützung der Rebellen. Lieferung von 200 Panzern an Saudi-Arabien, das in fremden Ländern (Bahrain) Reformbewegungen mit Gewalt unterdrückt und im eigenen Land die Menschen-/Frauenrechte täglich mit Füßen tritt. Gleichzeitig verkündet Entwicklungsminister Niebel, dass für die Vergabe von Geldern an die Regierungen von Entwicklungsländern ab sofort, die Achtung der Menschenrechte und insbesondere der Frauenrechte entscheidende Kriterien sein sollen. Was gilt nun eigentlich? Was sind die Richtlinien der Außen- und Entwicklungspolitik dieser Bundesregierung? Wer hat hier eigentlich die Richtlinienkompetenz? **DETLEF MEY, Frankfurt am Main**

Hersteller benennen

■ **betr.: „Blutige Geschäfte“, taz vom 6. 7. 11**

Wenn Sie über bewaffnete Aktionen, Kriege, Bürgerkriege berichten, sollte immer versucht werden, den jeweiligen Hersteller der eingesetzten Waffen und dessen Nationalität zu benennen, auch wenn es sich „nur“ um Kleinwaffen handelt – deren Benutzung die meisten Zivilisten zur Folge haben. „Syrische“ Panzer (s. taz am 5. 7. 11) gibt es nicht, Panzern wird keine Staatsbürgerschaft zuerkannt.

Es sollte also demnächst aus Saudi-Arabien gemeldet werden: „Panzer der Firmen Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall (Deutschland) sind von den Machthabern gegen Oppositionelle etc. im eigenen Land/im Nachbarland eingesetzt worden. Der Bundessicherheitsrat hatte zunächst versucht, die Lieferung geheim zu halten, woraufhin sich bekanntlich eine breite öffentliche Protestwelle erhob, die zum Sturz der christlich-sozial-liberalen Regierung unter Merkel führte.“ Alle Journalisten und Informanten sollten sich um diese entblößenden Angaben der Hersteller- und Lieferländer bemühen. Ich setze darauf, dass sie indirekt negative politische Folgen sowohl für die jeweiligen Regierungen der Lieferländer als auch für die Empfängerländer haben. **PETER BETHKE, Friedenskreis Eutin**

LE MONDE **Am Freitag in der taz** diplomatique

„Am stärksten gefährdet ist derzeit die Stromversorgung in China, das eine der schlimmsten Dürreperioden seiner Geschichte erlebt.“

aus: Michael T. Klare, „Auf Reserve. Wie wir auf die globale Energiekrise zusteuern“